



# Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 050-2024  
Vorstossart: Interpellation  
Richtlinienmotion: ☐  
Geschäftsnummer: 2024.RRGR.70

Eingereicht am: 11.03.2024

Fraktionsvorstoss: Nein  
Kommissionsvorstoss: Nein  
Eingereicht von: Remund (Mittelhäusern, GRÜNE) (Sprecher/in)  
Bichsel (Zollikofen, SVP)  
Müller (Innerberg, SP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein  
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom  
Direktion: Staatskanzlei  
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

## Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden bei Digitalisierung

Der Kanton Bern hat in den letzten Jahren im Bereich der Digitalisierung einiges unternommen. Der Fokus liegt allerdings meist auf der eigenen, kantonalen Verwaltung. Die Gemeinden sind oft nur ungenügend in die Planung, Umsetzung und Prioritätensetzung involviert. Die Frage der Auswirkungen auf die Gemeinden wird häufig zu wenig berücksichtigt.

Die Digitalisierung erfordert, vor allem zu Beginn, zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen; diese sind auf kantonomer Ebene sowie in den meisten Gemeinden unzureichend. Der Kanton scheut sich zudem häufig, klare Vorgaben für die Gemeinden zu machen. Hauptgründe die vorgebracht werden: Gemeindeautonomie und mangelnde Ressourcen.

Der Kanton macht in gewissen Bereichen rechtliche Vorgaben, überlässt aber die Umsetzung und Finanzierung den Gemeinden. Besser wären rechtliche Vorgaben und konkrete gemeinsame Lösungen mit einer Klärung der Aufgaben und der Finanzierung.

Dies führt dazu, dass Bedürfnisse der Gemeinden bei der Planung und bei der Umsetzung von Digitalisierungsprojekten nicht ausreichend berücksichtigt werden. Aufgrund von mangelnden kantonalen Vorgaben oder fehlenden übergeordneten Lösungen suchen die Gemeinden nach eigenen Lösungen. Dies ist ineffizient und teuer und führt zu einem Flickenteppich von nicht aufeinander abgestimmten Lösungen. Gemeinsame Lösungen dürften in vielen Fällen gesamthaft günstiger ausfallen, als wenn der Kanton und die Gemeinden für sich allein Softwaresysteme beschaffen müssen.

Im Folgenden drei Beispiele von mangelnder Zusammenarbeit:

- E-Signatur: Diese wurde vom Kanton eingeführt ohne Einbezug der Gemeinden.
- E-Umzug: Das Projekt wurde nur bei kleinen Gemeinden getestet. Es zeigt sich nun, dass es gesetzgeberische Lücken (Pflichtfelder fehlen) gibt.

- E-Archiv: Das geplante kantonale digitale Langzeitarchiv für die Gemeinden wurde vom Regierungsrat nur teilweise bewilligt (erster Schritt nur für gemeinsame Anwendungen wie e-Bau, eUmzug usw.). Das Archiv für die Gemeinden wurde zeitlich nach hinten verschoben.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die Zusammenarbeit mit den Gemeinden im Bereich der Digitalisierung?
2. Stimmt er mit der einleitenden Analyse überein?
3. Sieht der Regierungsrat ebenfalls Handlungsbedarf und falls ja, in welchen Bereichen?
4. Reichen die gesetzlichen Grundlagen für eine gut funktionierende Zusammenarbeit aus?
5. Ist er bereit, die Zusammenarbeit in Zukunft zu verbessern und striktere Vorgaben zu machen?
6. Ist er bereit, eine breitere Plattform, die über ein Kontaktgremium hinausgeht, für die digitale Zusammenarbeit zu initiieren?
7. Gemäss der Strategie Digitale Verwaltung des Kantons Bern ist die Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden nicht geregelt. Ist er gewillt, die diesbezüglichen Grundlagen zu ergänzen?

Verteiler

- Grosser Rat